

Bremen, 27. Februar 2023

SPD-Fraktion: Fachbereich Jura an den Domshof ist „Meilenstein in der Innenstadtentwicklung“

Wagner: „Das kann man gar nicht hoch genug einschätzen“ – Kritik der CDU zurückgewiesen

Die SPD-Fraktion hält den bevorstehenden Beschluss des Senats, den Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Bremen durch Anmietung des Landesbankgebäudes am Domshof anzusiedeln, für einen Meilenstein in der Innenstadtentwicklung.

„Gesagt getan – der Umzug des Fachbereichs Jura mitten in die Stadt steht nun mit Sicherheit bevor. Das ist eine Riesenchance für unsere Innenstadt, die mit vielen jungen Menschen eine neue Belebung erfahren wird“, erklärte der stadtentwicklungspolitische Sprecher der Fraktion, Falk Wagner. „Das kann man gar nicht hoch genug einschätzen.“

Der SPD-Politiker betonte, damit tue sich insbesondere die Gelegenheit auf, den Domshof als den zentralsten und größten Platz in der City weiter aufzuwerten. Dies müsse nun auch im laufenden Wettbewerbsverfahren zur Gestaltung des Domhofs Eingang finden. „Wir müssen jetzt in den Blick nehmen, wie wir die Attraktivität für junge Leute in diesem Umfeld steigern und ihre Bedürfnisse aufnehmen können. Denn damit können wir die Dynamik, die diese Entscheidung auslösen wird, weiter forcieren.“

„Wenn es nach Imhoff geht, würde gar nichts vorankommen“

Im Hinblick auf die Kritik von Frank Imhoff zu später einhergehenden Folgekosten und zur Bestimmung eines Hörsaals im Rahmen des Vorhabens erklärte Wagner, es sei ja bemerkenswert, dass sich der CDU-Spitzenkandidat endlich einmal nicht nur mit unpolitischen Floskeln in den sozialen Medien zeige, sondern selbst zu einer inhaltlichen Einschätzung komme. „Nur: Wenn es nach Herrn Imhoff geht, würde in der Innenstadt gar nichts vorankommen, sondern alles am Sankt-Nimmerleins-Tag stattfinden. Es liegt doch auf der Hand, dass alle weiteren Bausteine auf diesem Weg Schritt für Schritt angegangen werden. Mit Kleinmut kann man dieses Land nicht regieren.“

Zum Hintergrund: Voraussichtlich am morgigen Dienstag wird der Senat die Anmietung des Landesbankgebäudes am Domshof beschließen. Rund 1.500 Studierende und 160 Beschäftigte des rechtswissenschaftlichen Fachbereichs der Bremer Universität sollen in Zukunft dort einziehen. Der Mietvertrag würde ab Oktober 2024 gelten.